

FÜR DIE MENSCHEN RECHTE

IGFM - Internationale Gesellschaft für
Menschenrechte-Deutsche Sektion e.V.,
Borsigallee 9, 60388 Frankfurt/Main



Nr. 5
Juni 2019

Nordirak/Kurdistan

Ich war Shirin – ich bin Dalal Khairo Überlebende des IS hilft Überlebenden

Shirin wollte gerade ihr Abitur ablegen und anschließend Jura studieren, als Milizen des Islamischen Staates sie am 3. August 2014 zusammen mit anderen jesidischen Frauen und Kindern verschleppten, sie mehrfach verkauften und als Sexsklavinnen missbrauchten, ehe ihr mithilfe ihres letzten „Ehemanns“ die Flucht gelang. Shirin ist eine der 1100 Frauen und Mädchen, denen das Land Baden-Württemberg die Chance gegeben hat, durch eine dreijährige Therapie ihre Traumata zu überwinden.

Zweimal hat Shirin als Zeugin schwerer Menschenrechtsverletzungen vor der Jahresversammlung der IGFM berichtet, doch dieses Jahr kam sie nicht als Zeugin, sondern als Gast und als eine selbstbewusste junge Frau, die ihr Pseudonym abgelegt hat und wieder mit ihrem richtigen Namen angesprochen werden will: „Ich war Shirin – Ich bin wieder Dalal Khairo“.

„Als meine Behandlung begann, habe ich mich geschämt, denn mein Arzt war ein Mann. Aber er hat mir gezeigt, dass ich mich nicht schämen muss. Doch das schaffen nicht alle. Vieles haben wir verdrängt, aber das kommt dann abends und nachts, und besonders die Träume sind so schlimm, dass wir Angst haben einzuschlafen, und dann ist keiner da, der meine Hand hält. Das zu verarbeiten, dauert Monate.“

Frauen, denen Gewalt angetan wurde, müssen erfahren, dass sie Beteiligte auf der Suche nach dem Weg ins normale Leben sind und nicht „Opfer“ bleiben müssen. Sie müssen

erkennen, dass sie aufgrund ihrer Erlebnisse und Erfahrungen stärker sind als Mädchen, die diese Erfahrungen nicht gemacht haben. Durch das, was uns widerfahren ist, hat sich die Stellung der jesidischen Frau verändert. Das, was uns passiert ist, hat zu unserer Emanzipation beigetragen.



Dalal Khairo al. Shirin (rechts) im Gespräch mit einer Überlebenden des IS-Terrors

Und trotzdem gibt es heute noch das 20jährige vergewaltigte Mädchen, das kein Selbstvertrauen hat und dann einen 60jährigen Mann heiratet, weil sie vergeblich auf den Schutz der Gesellschaft gewartet hat.

Ich fühle mich gut durch die psychologische Behandlung. Ich habe die psychische Therapie bewusst verfolgt und ebenso die begleitende notwendige medikamentöse Behandlung. Ich bin sicher, dass ich jetzt anderen Mädchen, denen man bisher nicht geholfen hat, helfen kann. Würde die IGFM ein solches Projekt unterstützen, dann würde ich versuchen, im Irak in den Lagern mit den Mädchen und Frauen zu reden. Ich kann nachvollziehen, wie es ihnen geht; ich kann mitweinen, wenn sie weinen wollen. Und ich habe die Erfahrung, wie mir geholfen wurde. Ich bin sicher, dass sie mir vertrauen

werden. Bei mir würden sie loslassen und reden.“

Anfang Mai waren IGFM-Mitarbeiter Al-Rasho und Dalal Khairo alias Shirin bei Dr. Nezar, dem Leiter des für die Lager zuständigen Hauptgesundheitsamtes in Dohuk/Nordirak, um über das Vorhaben zu sprechen. Zuvor hatten sie die Behörde in Erbil, die für die Verwaltung der Lager zuständig ist, befragt. Beide Institutionen begrüßen das Vorhaben und haben die Erlaubnis dazu erteilt unter der Bedingung, dass sie ab Mitte Juni in einem Team von Psychologen, die sich bereits in den Lagern Ezian, Qadian, Shekhan und Mamrashan um einige schwerst traumatisierte Frauen kümmern, für ein Vierteljahr mitarbeiten, um alle Aspekte der Behandlung unter

Lagerbedingungen kennenzulernen. Die Behörden haben ein Empfehlungsschreiben an die Sozialbehörden und das Innenministerium Baden-Württemberg gerichtet, damit es Dalal unterstützt und dass ihr Aufenthaltsstatus nicht beeinträchtigt wird.

„Überlebende hilft Überlebenden“, so nennt Dr. Nezar, selbst Psychologe, den Versuch. Die IGFM will Dalal dieses Praktikum ermöglichen. Die Kosten für Flug, dreimonatigen Aufenthalt und notwendige Reisekosten im Land schätzen wir auf unter 5000 €. Bitte unterstützen Sie dieses Vorhaben. Es ist eine Chance für die Frauen, die bisher keine Therapie erhalten haben.

**Kennwort für Ihre Spende:
Irak (89)**

Seit über 40 Jahren unterstützt die IGFM Bürgerrechtler im Iran in ihrem Kampf um die Achtung der Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und gegen religiös begründete Unterdrückung und drakonische und barbarische Strafen. Immer wieder hat die iranische Regierung herausragende Köpfe ihrer Freiheit beraubt, Anschläge bis hin zu Terrorbewegungen im Ausland angezettelt und unterstützt, um gegenüber ihren Anhängern Stärke zu zeigen. Die IGFM ist nicht nur Zeitzeuge, sondern steht mit Bürgerrechtlern in Kontakt und versucht, durch Berichterstattung, Petitionen und Appelle der Regierung Mäßigung abzurufen. In diesem Jahr berichtete Maede Soltani, Tochter des iranischen Bürgerrechtlers Abdolfattah Soltani, der zusammen mit der im Exil lebenden Friedensnobelpreisträgerin Shirin Ebadi das Teheraner Zentrum für Menschenrechtsverteidiger gründete, über die Wirkung von Öffentlichkeitsarbeit.

„Es gibt Gefangene, die seit sechs, sieben, acht Jahren eingesperrt

sind und keine Minute frische Luft atmen können. Wenn die Gefangenen bekannter werden, ist das wie ein Schutz für sie. Wenn sie einen Besuch von einem Arzt, ihres Rechtsanwaltes oder von ihren Familien bekommen, oder wenn sie mit ihren Familien telefonieren dürfen, sind das sehr wichtige Momente für sie. Es ist eine moralische Unterstützung zu wissen, dass wir an sie denken und andere Menschen sie vermissen. Darum ist das, was Sie für die Gefangenen tun, sehr wichtig, und es macht Eindruck.“

Für meinen Vater gab es eine große Solidarität, sowohl im Iran als auch im Ausland. Trotzdem hat der gesamte Einsatz nicht zu seiner vorzeitigen Freilassung geführt, und trotzdem:

Mein Vater wurde verurteilt zur Haft in einem Gefängnis, das 1000 km weit weg von Teheran liegt. Dass er dorthin nicht verlegt wurde, sondern im Evin-Gefängnis in Teheran und damit in der Nähe seiner Familie bleiben konnte, ist ein Erfolg der internationalen Öffentlichkeitsarbeit.

Die zivile Gesellschaft im Iran existiert immer noch, aber sie ist in Gefahr zu zerfallen. Viele Vereinigungen und Menschen, die früher aktiv waren, die ihren Fuß in der Gesellschaft hatten, existieren nicht mehr. Die internationalen Sanktionen sind das wichtigste Thema im Iran. Die Menschen haben Sorgen, weil die Wirtschaft nicht richtig läuft. Die iranische Regierung ist vielleicht geschwächt, aber sie findet immer Wege um zu überleben, und sie benutzt ihre Macht und ihre militä-



Vorstandsmitglied Carmen Jondral-Schuler stellt Maede Soltani (rechts) vor

rische Stärke sogar gegen das eigene Volk. Die Situation ist heute schlimmer als vor der grünen Bewegung. Durch die wirtschaftlichen Probleme sind jedoch viele wichtige Themen in den Hintergrund geschoben worden.“

Der öffentliche Einsatz für die Achtung der Menschenrechte und für die Freilassung politischer Gefangener ist ein wirkungsvoller Faktor zur Bewusstseinsbildung im Iran. Im Rahmen des IGFM-Projekts „Politische Patenschaften“ haben sich einige Bundestagsabgeordnete verpflichtet, als Fürsprecher unserer Forderungen z.B. für die Freilassung der Menschenrechtsanwältin Nasrin Sotoudeh einzutreten. Dafür halten wir die Abgeordneten auf dem Laufenden und stoßen sie immer wieder

mit neuen Initiativen an. Erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit ist das Ergebnis umfangreicher Recherche und Vorarbeit. Wer die Iran-Arbeit fördern möchte, spendet unter:

**Kennwort für Ihre Spende:
Iran (86)**

Sehr verehrte Mitglieder,
Freunde und Förderer,

Der türkische Präsident Erdogan ließ wieder seine Muskeln spielen, als er sich seine Forderung nach Annullierung der Wahl in Istanbul von der Obersten Wahlkommission bestätigen ließ. Die EU-Kandidatur der Türkei hat er längst selbst aufgekündigt, denn er verhöhnt die Demokratie und verletzt die Menschenrechte. Seine Helfershelfer stehen ihm derweil in Deutschland zur Seite, so wurde die zentrale Gedenkfeier der Armenier am 27.4.2019 in Frankfurt und am Tag zuvor eine Gedenkveranstaltung in Bad Cannstatt zur Erinnerung an den Völkermord 1915 abgesagt, weil sie Angriffsziele türkischer Extremisten waren.

Eine gute und eine schlechte Nachricht aus Pakistan. Die Ausreise von Asia Bibi ist bestätigt, aber muslimische Extremisten haben angekündigt, dafür Rache an Christen zu nehmen. Die IGFM hat die wegen angeblicher Blasphemie zum Tode verurteilten pakistanischen Christen Quaisar und Amoon Ayub zu Gefangenen des Monats erklärt und bittet um Einsatz für sie. Mehr dazu auf www.igfm.de.

In dieser Ausgabe der zweite Teil der Berichterstattung über die IGFM-Jahresversammlung 2019.

Bleiben Sie uns gewogen,

Ihr

Karl Hafen



Am 10. Juni 1999 befahl der damalige chinesische Präsident Jiang Zemin die Gründung eines Büros, das die Aufgabe hatte, Verfolgungsmaßnahmen gegen die Kultbewegung Falun Gong einzuleiten und zu koordinieren. Dieses vom Politbüro der Kommunistischen Partei Chinas geführte Büro, benannt nach dem Gründungsdatum, ist ein Teil des Staatssicherheitsapparates. Es ist mit seinen mehr als 1000 Büros im ganzen Land nicht nur für die Überwachung und Sammlung von Informationen zuständig, sondern war – die IGFM hat mehrfach darüber berichtet – aktiv an Verhaftungen, an außergerichtlichen Verurteilungen, an Zwangsumerziehungsmaßnahmen, an Folter bis hin zur Ermordung von Gefangenen beteiligt. Bei der Jahresversammlung der IGFM im April berichtete die chinesische Christin Lan Li, Mitglied einer protestantischen Hauskirche, das das Büro 610 nun auch Christen ins Visier genommen und verhaftet hat.

„Seit Xi Jinping an der Macht ist, nimmt die Sinisierung auf allen Ebenen zu. Am 1. 2.2019 traten neue Vorschriften für religiöse Angelegenheiten in Kraft. Danach ist es den chinesischen Bezirksregierungen erlaubt, jederzeit inoffizielle Gemeinden aufzulösen und deren Besitz einzuziehen. Jetzt wird in China nicht nur die Untergrundkirche verfolgt, auch staatliche Drei-Selbst-Kirchen wurden abgerissen und Kreuze entfernt. Mitglieder der Hauskirchen müssen sehr vorsichtig sein, wenn sie Gottesdienste feiern wollen. Die kommunistische Partei mobilisiert die Bevölkerung, Christen anzuzeigen. Informanten erhalten Geldprämien, wenn sie Christen anzeigen. Dokumente über Befehle der KP Chinas belegen: Wird ein Mitglied einer Familie gefunden, das seinen christlichen Glauben praktiziert, kann die Familie ihre Arbeit verlieren, und ihre Kinder dürfen nicht die Schule besuchen.“

Meine Familie hat mich in meinem Glauben unterstützt, obwohl die kommunistische Partei viele falsche Informationen verbreitet hatte. Doch dann zeigte mich ein Nachbar an. Als die Polizei ihren Besuch bei meinen Eltern ankündigte, sagte ich meiner Mutter: „Ich will nicht, dass ihr nur we-

gen mir Probleme bekommt, darum verlasse ich mein Zuhause“. Doch um China verlassen zu können, musste ich einen Pass beantragen. Meine Familie hatte Kontakt zu Behörden, und so habe ich mit Hilfe meiner Familie, und weil die chinesischen Behörden unkoordiniert arbeiten, einen Pass bekommen. Und mit der Hilfe von Freunden kam ich schließlich nach Deutschland.

Seither habe ich keinen Kontakt mehr zu meiner Familie. Würde ich versuchen, meine Eltern anzurufen, würde ich wahrscheinlich die gesamte Familie gefährden. Ich erinnere mich, es war 2013, dass etwa drei Monate nachdem ein Glaubensbruder einen anderen in China anrief, 200 Mitglieder unserer Kirche verhaftet wurden. Erst später wurde bekannt, dass die Polizei die Gespräche mitgehört und verfolgt hatte.“ Auszug aus dem Zeugenbericht von Lan Li am 7.4.2019

Trotz der nachvollziehbaren Schicksale haben diese Christen nur eine geringe Chance, in Deutschland Asyl zu bekommen. Einer Pressemitteilung einer Interessengruppe dieser Hauskirche zufolge hatten bis Februar 2019 mindestens 373 chinesische Christen um Asyl gebeten, doch 305 haben eine Ablehnung des BAMF erhalten, 48 sind von Abschiebung bedroht, zwei Personen, eine Frau und ein Mann sind bereits nach China abgeschoben worden. Begründungen des BAMF lauteten, dass die chinesischen Behörden zwischen Leitern und gemeinen Mitgliedern unterscheiden würden; die Tatsache, dass die Asylbewerber mit einem Pass ausgereist seien oder sich durch mehrfachen Umzug einer Gefangennahme über mehrere Jahre hätten entziehen können, darauf schließen lasse, dass sie nicht verfolgt würden.

Die IGFM tritt dafür ein, dass sich die Entscheider des BAMF bei Menschenrechtsorganisationen erkundigen, statt sich von den von politischen Interessen geführten Erklärungen der chinesischen Regierung leiten zu lassen. Chinesische Verfolgungsoffer haben die besten Argumente gegen



Zeugenbericht der chinesischen Christin Lan Li

die Propaganda der chinesischen Regierung. Um sie häufiger zu Wort kommen lassen zu können, erbitten wir Ihre Unterstützung.

**Kennwort für Ihre Spende:
China (26)**

Impressum

Herausgeber: Internationale Gesellschaft für Menschenrechte - Deutsche Sektion e.V. (IGFM)
Borsigallee 9 • D-60388 Frankfurt,
Tel.: 069 - 420 108 0 • Fax: 069 - 420 108 33
e-mail: info@igfm.de Internet: www.igfm.de
UstIDNr. DE 1142 35 684
Redaktion: Karl Hafen
Erscheinungsweise: monatlich
Druck: johnen-druck, Bernkastel-Kues
Satz und Layout: Pixelvektor Stefan Eschenbach
Sektion Schweiz:
Geschäftsführer Hanspeter Hartmann
Clavanuoweg 14 • CH - 7249 Sermeus
Telefon +41 44 586 45 45

Dieses Mitteilungsblatt wird an Mitglieder und Förderer der IGFM kostenlos verschickt. Hier geäußerte Meinungen stimmen nicht unbedingt mit der Meinung des Herausgebers überein. Dieser Ausgabe liegt eine Zahlkarte der IGFM bei.

Östliche Partnerschaft – Ein Erfolgsprojekt

Junge Leute reden mit jungen Leuten in sieben Ländern

Seit nunmehr fünf Jahren setzt die IGFM auf den Dialog mit jungen Menschen in den „Ländern der Östlichen Partnerschaft“ (ÖPR). Unter diesem Arbeitstitel fördert das Auswärtige Amt Projekte in Armenien, Aserbeidschan, Georgien, Moldau, Ukraine und Weißrussland. Mit der Einbeziehung Russlands unterläuft die IGFM nicht die

Sanktionen gegen die russische Regierung, denn unser Ziel ist es, junge Menschen über Grenzen hinweg mit Mitteln des Internets für den Einsatz für Menschenrechte zu begeistern, freie Meinungsäußerungen anzustoßen und zur Zusammenarbeit zu motivieren. Begonnen hatten wir mit dem Aufbau einer gemeinsamen Facebook-Seite, es folgte eine mehrsprachige Menschenrechte-Webseite (humanrights-online). Im dritten Jahr schulten wir junge Leute für ihren Einsatz als Internetjournalisten (Blogger), und im vergangenen Jahr sind wir in der Provinz bis in die Dörfer gegangen und haben dort für Menschenrechte geworben.

IGFM-Mitarbeiterin Dr. Carmen Krusch ist die Initiatorin des Projekts. Sie zieht ein überwiegend positives Resümee:

„Zu Anfang war es erstaunlich zu erleben, wie die jungen Teilnehmer langsam aufblühten, wenn sie gemerkt hatten: Wir sind nicht alleine, und wir werden auch aus dem Westen unterstützt. Ich werde nie dieses schüchterne Mädchen aus Weißrussland vergessen, das bei einem Seminar unter Mitwirkung von Michael Brandt, damaliger Vorsitzender des Menschenrechtsausschusses des Deutschen Bundestages, aufstand und sagte: ‚Ich finde es so toll, dass man hier so frei reden kann. Bei uns ist es nicht üblich, dass man aufsteht und über Menschenrechte redet und über Menschenrechtsverletzungen. Wir haben gelernt, das wegzuschweigen.‘ Im Fazit kann man sagen, die Teilnehmer sind sich ihrer Rechte bewusster geworden.“



Abschlussfoto des ÖPR-Seminars mit interessierten Professoren an der Technischen Universität Brest in Weißrussland

Während sich das Projekt weiterentwickelt hat, haben die Sanktionen gegen Russland Spuren hinterlassen: Das Interesse am Geschehen in Osteuropa nimmt ab und damit auch das Interesse an der russischen Sprache; sie wird nicht so vermittelt, wie sie es verdient hätte. Russisch ist die gemeinsame Sprache der Teilnehmer im Projekt. Ich stelle hier in Deutschland immer wieder fest, dass die slawischen Institute, anstatt dass sie jetzt blühen, geschlossen werden. Das ist hinderlich für die Kommunikation mit der Jugend des Ostens. Und außerdem wünsche ich mir auch von der IGFM den Aufbau einer Jugendgruppe, die man mit den jungen Leuten im Projekt zusammenbringen kann.

Die Frage nach Zulauf und Erfolg: Ja, in den Ländern der Östlichen Partnerschaft sind die Jugendlichen ganz begeistert. Im vergangenen Jahr hatten wir unsere Sektionen im Rahmen des Projekts aufgefordert, Veranstaltungen auch in den Dörfern durchzuführen. Für diese war es das erste Mal seit Glasnost und Perestroika vor 30 Jahren, dass sich jemand getraut hat, über Menschenrechtsverletzungen in den Regionen zu reden.

Für dieses Jahr haben die ÖPR-IGFM-Sektionen das Thema „Medien, Meinungsmache, Menschenrechte“ ausgewählt, mit dem sie je drei Veranstaltungen in ihren Ländern durchführen werden. Dabei geht es auch um die Gefahren durch Manipulation von Meldungen im Internet und die Beeinflussung von Meinungen und Wahlverhalten. Das Thema ist aktuell, und tatsächlich haben Politiker ihr Interesse bekundet.“

Das Projekt wird seit vier Jahren aus Mitteln des Auswärtigen Amtes unterstützt, doch es bleibt in diesem Jahr der Eigenanteil in Höhe von 20.000 €, den die IGFM aufbringen muss. Ja, wir sind davon überzeugt, dass wir mit dem Projekt in den Ländern der östlichen Partnerschaft positive Impulse setzen und Abschottungsversuche ihrer Regierungen durchdringen können, weil wir nicht von außen vorschreiben, was getan werden muss, sondern mit unseren Mitgliedern in diesen Ländern die Aufgaben gemeinsam gestalten. Die Ergebnisse dieser Arbeit und einen außergewöhnlichen aktuellen, hautnahen Einblick in die Menschenrechtssituation in den beteiligten Ländern werden wir auf einer Abschlusskonferenz in Frankfurt zum Tag der Menschenrechte, Anfang Dezember, vorstellen. Damit wir das Projekt auch in diesem Jahr zum Erfolg führen können, erbitten wir Ihre Unterstützung.

Kennwort für Ihre Spende: ÖPR (35)

Ihre Spende überweisen Sie bitte unter Angabe des entsprechenden Kennwortes oder der Kennziffer auf folgendes IGFM-Konto:

IBAN: DE31 5502 0500 0001 4036 00
Swift-BIC: BFSWDE33MNZ
Bank für Sozialwirtschaft



Die Finanzen der IGFM werden jährlich von einem unabhängigen Wirtschaftsprüfer geprüft. Den Prüfvermerk stellen wir auf Nachfrage gerne zur Verfügung.